

Konsenspapier der Attac-Projektgruppe Krisen Stand: August 2009

Kurzfristiger Schutzschirm für Mensch und Umwelt



- Sonderabgabe auf Vermögen, um die Krisenkosten zu finanzieren. Perspektivisch müssen solche „Krisenfonds“ in allen Krisenländern eingerichtet werden.
- sofortige Erhöhung des Hartz-IV Satzes, existenzsichernd und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose
- Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung
- Umfassende Investitionen in Bildung und Klimaschutz
- Rettungspakete im Norden dürfen nicht zulasten des Südens gehen und müssen einem Klima- und Umweltcheck unterzogen werden
- Soforthilfen für Länder des Südens, die am meisten betroffen sind
- Sofortige Entschuldung der Länder des Südens, um die kommende Verschuldungskrise abzufedern

1. Umverteilen von oben nach unten weltweit



→ Umdrehen!

Gerechte nationale und internationale Steuerpolitik

- progressiver Besteuerung von Kapitaleinkünften
- große Erbschaften, auch von Betriebsvermögen, wesentlich höher als bisher besteuern

Faire Lohnpolitik

- Löhne wachsen mit Produktivität
- Recht auf gewerkschaftl. Organisation
- Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich (AG Fair teilen)

Umverteilung Nord-Süd/ Umkehr der Geld- und Ressourcenströme

- Streichung der Schulden der Länder des Südens.
- Hilfe für Nahrungsmittel und Rohstoffe für arme Länder

2. Schrumpfung der Finanzmärkte

Privatisierungen stoppen/rückgängig machen

- Rücknahme Privatisierung der Rentenversicherung
- endgültiges Aus für Bahnprivatisierung
- Stopp jeglicher Privatisierungsverhandlungen international, z.B. im Rahmen der GATS-Verhandlungen

Schrumpfung der Kapitalmärkte durch Umverteilung und Sicherung des Sozialen (siehe eigene Forderungspakete)

3. Die Sicherung des Sozialen



Gerechtes Steuersystem (z.B. solidarische Einfachsteuer)

- keine Mehrwertsteuererhöhung
- Keine Steuersenkungen für obere Einkommen
- progressiver Besteuerung von Kapitaleinkünften
- große Erbschaften, auch von Betriebsvermögen, wesentlich höher als bisher besteuern,

Entziehung des Sozialen vor Privatisierung und Kommodifizierung

- keinerlei private Rentenförderung, Abschaffung von Riester und Betriebsrenten, Garantierente für alle (AG Genug für Alle)
- eine Gesetzliche Krankenversicherung für alle, Abschaffung der Privaten, Beiträge auf alle Einkommen
- Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze
- Finanzierung aller Sozialversicherungen zur Hälfte aus Unternehmensgewinnen, i.e. Wertschöpfungsabgabe
- bedingungsloses Grundeinkommen (AG Genug für Alle)
- Soziale Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos, nicht nur Bildung und Nahverkehr etc, sondern auch alle Mobilität, Wohnen etc
- Kindergrundsicherung (AG Genug für Alle)

Arbeit fair teilen (AG fair teilen)

- Produktivitätszuwächse sollten in Arbeitszeitverkürzung gehen → Stichwort Zeitwohlstand
- Hartz IV muss weg
- Rente mit 67 muss weg

Öffentl. Daseinsvorsorge und Infrastruktur sichern

- bedingungsloses Grundeinkommen (AG Genug für Alle)
- Soziale Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos, nicht nur Bildung und Nahverkehr etc, sondern auch alle Mobilität, Wohnen etc. (AG Genug für Alle)
- Kindergrundsicherung (AG Genug für Alle)

4. Wirksame Regulierung der Finanzmärkte

Regulierung durch Steuern

- Besteuerung aller Finanzmarkttransaktionen, mind. auf EU-Ebene
- Einführung der Tobin-Steuer
- nationale Steuern auf den Sekundärhandel mit Aktien
- Zinsbesteuerungsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte erweitern, auch für jurist. Personen
- jegliche steuerliche Begünstigung von Private-Equity- wie von Hedge-Fonds sofort zu streichen und per Gesetz höhere Eigenkapitalforderungen für diese Fonds festzuschreiben

Steueroasen austrocknen

Globale Instrumente zur Finanzmarktregulierung

- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen
- weltweites Verbot bzw. Zerschlagung von Finanzkonglomeraten (too big to fail),

Strenge Finanzmarktaufsicht:

- Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor, Basel II muss durch Basel III ersetzt werden
- Verbriefungen nur unter staatlicher Aufsicht
- CDO und alle spekulativen Finanzprodukte verbieten
- Alle neuen Finanzprodukte zum TÜV
- Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle
- Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor, Basel II muss durch Basel III ersetzt werden

5. Die Abkehr von der Fixierung auf Wirtschaftswachstum:



Das kapitalistische System muss auf ständiges Wachstum setzen, um Profit erwirtschaften zu können – und nimmt in Kauf, dass dabei Luft, Wasser und Boden vergiftet werden, dass Menschen und Umwelt ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Um nicht nur Antworten auf die Wirtschaftskrise zu finden, sondern auch der Bedrohung durch den Klimawandel etwas entgegen setzen zu können, muss das Wachstumsdogma in Frage gestellt werden. Die Menschen müssen selbst entscheiden können, was für ein befriedigendes Leben benötigt wird und wie es produziert werden soll.

6. Alternative Wirtschaftsweisen



Alternative Betriebsstrukturen/ Betriebsgovernance:

- Stimmrechte an Mindestlaufzeit für Investitionen koppeln
- Gehaltsobergrenzen für Vorstandsmitglieder
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung
- Veto-Rechte der Belegschaft bei Betriebsverlagerungen
- Eigentumsfrage stellen
- Solidarische Ökonomie und genossenschaftliche Belegschaftsübernahmen
- Konversionsbemühungen

Alternatives Bankensystem:

- Keine Rettung von Banken durch öffentliches Geld, ohne klare Auflagen, die in Richtung Vergesellschaftung der Banken geht.
- Alternative Geschäftsbedingungen als Voraussetzung für Bankenrettung
- Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors
- vollständige Offenlegung der Geschäftstätigkeit der Banken als Voraussetzung für die Bankenrettung.
- Transparenz der Bankenstruktur und Zweckgesellschaften
- Abschaffung des Bonussystems
- Good Banks-System, anstelle von Bad Banks

7. „Neues Bretton Woods“ als Alternatives Weltwirtschafts- und Finanzsystem

Neue Finanzarchitektur

- Internationales System fixer Wechselkurse
- die Gründung einer internationalen Steuerbehörde
- ein Mechanismus zur Schuldenstreichung, insbesondere für die Länder des Südens (internationales Insolvenzrecht)
- alle Punkte unter 4)
- Demokratische Kontrolle der EZB

Weltweit gemeinsames, gleichberechtigtes Krisenmanagement

- anstelle von IWF und Weltbank müssen endlich wirklich demokratische UN-geschaffen werden
- gemeinsame Krisenbearbeitung: UNO anstelle von G20

Abbau exportorientierter Entwicklungsmodelle

- International Clearing Union